

Überlegungen zum politischen System der DDR (Roundtable – China)

Ekkehard Lieberam

Im Folgenden werde ich auf zwei Probleme, die in meinen acht Thesen zu Stärken und Schwächen des politischen Systems der DDR angesprochen werden, eingehen:

1. auf den Zusammenhang zwischen dem ökonomischen System und dem politischen System der DDR.
2. auf das Verständnis des politischen Systems als Bewegungsform gesellschaftlicher Widersprüche in einem Sozialismus, der sich als relativ selbständige Gesellschaftsordnung versteht.

Doch zunächst eine Vorbemerkung. Derzeit macht in Ostdeutschland folgender Witz die Runde: Warum, so lautet eine Anfrage an den Sender Berlin, sind die Chinesen immer so freundlich? Warum lächeln sie so oft? Die Antwort des Senders Berlin ist: Diese Freundlichkeit, diese gute Laune ist verständlich: Die Chinesen haben schließlich immer noch die Mauer, wir nicht.

Dieser Witz macht deutlich: In Ostdeutschland erinnern sich viele Menschen, ausgehend von den Erfahrungen mit zwei Gesellschaftssystemen, durchaus mit Sympathie an die DDR. In ihrer Mehrheit treten sie für eine differenzierte und gerechte Beurteilung der DDR ein. Fast 20 Jahre sind seit dem Ende der DDR vergangen. Junge Menschen unter 25 haben die DDR gar nicht mehr erlebt. Viele DDR-Bürger – etwa zwei Millionen – sind nach Westdeutschland gezogen.

Meinungsumfragen unter den Ostdeutschen ergeben dennoch folgendes Bild: Etwa 40 Prozent der Ostdeutschen sagen, die beste Zeit in ihrem Leben sei ihr Leben in der DDR gewesen. Lediglich 23 Prozent erklären, sich als richtige Bürger der BRD zu fühlen – 75 Prozent nicht. Immerhin etwa 11 Prozent wollten im Jahre 2008 möglichst die DDR wiederhaben (Sozialreport 2008, Berlin – Dezember 2008, S. 41). Den Staat DDR konnte man im Jahre 1990 sehr schnell zu Fall bringen. Die Abwicklung der DDR-Gesellschaft war weitaus schwieriger und ist bis heute nicht so richtig gelungen. In Ostdeutschland existiert eine Gesellschaft mit einem eigenen Wertebewusstsein und einem eigenen Geschichtsbewusstsein, die in vieler Hinsicht nach wie vor von der DDR geprägt ist.

Seit 1990 gab es viele Kampagnen zur Kriminalisierung der DDR. In diesem Jahr erleben wir wieder eine derartige Kampagne, die unverkennbar den Charakter einer Gehirnwäsche gegen positive DDR-Erinnerungen annimmt. Die DDR wurde und wird von den Hals Unrechtsstaat oder als Diktatur verleumdet. Doch diese Kampagnen haben ihr Ziel – die Delegitimierung der DDR in den Augen der Mehrheit der Ostdeutschen – nicht erreicht. Etwa 70 Prozent der Ostdeutschen meinen z. B., dass der Sozialismus eine gute Idee ist, die nur nicht gut verwirklicht wurde.

Zum ersten Problem: zum Verhältnis zwischen ökonomischen und politischen System.

Die DDR ist nicht primär an ihrem politischen System oder an ihren Demokratiedefiziten gescheitert. Sie ist auch aus meiner Sicht nicht an der fehlenden offenen und öffentlichen Diskussion der Probleme gescheitert, wie Klaus Blessing meint. Das war zweifelsohne ein ganz ernster Mangel, der die Vertrauenskrise gegenüber der politischen Führung im Verlaufe des Jahres 1989

erheblich verstärkt und dann die Ablösung der politischen Führung unter Erich Honecker sehr beschleunigt hat. Aber das war nicht die entscheidende Ursache der Niederlage. Es gab einen Komplex von Ursachen der Niederlage des europäischen Sozialismus und der DDR. Im Kern aber war es eine Niederlage auf ökonomischem Gebiet. Nach den Angaben von Klaus Blessing hatte sich das Verhältnis des BIP pro Kopf der Bevölkerung der DDR zu dem der BRD von 1950 bis 1989 von 19,3 zu 100 (ohne Beachtung der Reparationsleistungen der DDR gegenüber der Sowjetunion von 22 Prozent des BIP) bis 1989 auf ein Verhältnis von 42,9 zu 100 verbessert. Das war eine gewaltige Leistung. Aber sie reichte nicht, um im Systemwettbewerb bestehen zu können. Die sozialistischen Staaten in Europa – und so auch die DDR – sind vor allem gescheitert, weil sie den ökonomischen Wettbewerb mit den kapitalistischen Ländern trotz aller Erfolge verloren haben. Die DDR war auch 1989 in keiner Weise etwa bankrott. Ihre wirtschaftliche Aufwärtsbewegung hatte sich allerdings in den letzten 15 Jahren deutlich verlangsamt. Von 1965 bis 1975 lagen die Zuwachsraten des BIP/pro Kopf der Bevölkerung jährlich etwa bei 5,4 Prozent, von 1975 bis 1985 bei 4,6 Prozent und von 1985 bis 1989 bei unter 3,2 Prozent. Mit dem abnehmenden Tempo des wirtschaftlichen Aufschwungs geriet auch das politische System aus dem Gleichgewicht.

Die Bürger der DDR haben ihre Lebenssituation immer mit der in der Bundesrepublik Deutschland verglichen. Dieser Vergleich fiel in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts immer weniger zu Gunsten der DDR aus. Besonders unter Jugendlichen ging der Glaube an die Zukunftsfähigkeit des Sozialismus verloren. Das Vertrauen zwischen Volksmassen und politischer Führung nahm ab, zumal die politische Führung die tatsächliche wirtschaftliche

Lage beschönigte. Das politische System verschärfte dann, wie ich in meinen Thesen dargelegt habe, diese Vertrauenskrise ganz erheblich.

In den fünfziger Jahren, nach dem Tode Stalins, ergab sich die Notwendigkeit für die europäischen sozialistischen Länder, eine neue Strategie des sozialistischen Aufbaus zu entwickeln. Es galt, vor allem im ökonomischen System Voraussetzungen zu schaffen, um die Entwicklung der Produktivkräfte zu revolutionieren und so den 1917 begonnenen Ausbruch eines großen Teils der Menschheit aus dem kapitalistischen Weltsystem als wirtschaftlich prosperierender und politisch attraktiver Sozialismus fortsetzen zu können.

In der DDR gab es unter Walter Ulbricht beachtliche Anstrengungen, in diesem Sinne einen zukunftsfähigen Sozialismus zu gestalten: ökonomisch und politisch. Vor allem die Zeit zwischen 1962 und 1970 war in der DDR eine Zeit wirtschaftlicher Erfolge, des politischen Aufbruchs und neuer Ideen. Im Mittelpunkt stand dabei die Gestaltung eines neuen Systems der Planung und Leitung der Volkswirtschaft (NÖSPL) auf der Grundlage einer deutlich stärkeren Selbständigkeit der sozialistischen Betriebe. Beabsichtigt war auch, das politische System zu verbessern. Das Wahlsystem, das parlamentarische System, die mittelbaren und unmittelbaren Mitbestimmungsformen in den Betrieben sollten weiterentwickelt und demokratisiert werden. Diese politischen Reformen scheiterten bereits Ende der sechziger Jahre. Danach kehrte die DDR zum bürokratisch-administrativen System der Wirtschaftsleitung zurück. Die politischen und ökonomischen Reformen scheiterten am Widerstand vor allem der Sowjetunion. Erfolgreich hätten sie nur als gemeinsame Aktion der sozialistischen Ländern sein können.

Und noch eine andere Erkenntnis aus dieser Zeit ist wichtig: Angesichts der Realitäten des Kalten Krieges erwies es sich als politisch tödlich, die Demokratiefrage aus einer Situation wirtschaftlicher Schwäche heraus zu stellen. Das geschah in Prag 1968. Die Entwicklungen in der CSSR im Jahre 1968 wurden von den USA und anderen großen kapitalistischen Ländern sofort genutzt, um im Namen der Demokratie die bestehenden politischen Machtverhältnisse selbst ins Wanken zu bringen.

Zum zweiten Problem: zu einigen Fragen der politischen Form sozialistischer Macht aus der Sicht der Erfahrungen der DDR

Eine alle Aspekte – die ökonomischen, die ideologischen, die politischen Aspekte – betreffende Erkenntnis aus der Sicht der Erfahrungen der DDR ist die vom Sozialismus als relativ selbständige Gesellschaftsordnung.

Diese These vom Sozialismus als relativ selbständiger Gesellschaftsordnung wurde 1967 von Walter Ulbricht formuliert. Sie besagt aus heutiger Sicht: Sozialismus ist keine kurze Übergangsperiode, sondern eine lang andauernde, sich entwickelnde Gesellschaftsordnung. Dabei geht es im Kern nicht um die Beseitigung der „Muttermale“ der alten Gesellschaft, sondern um die Ausprägung des Eigentümergehaltens der assoziierten Produzenten, überhaupt um die Durchsetzung der dem Sozialismus eigenen ökonomischen Gesetzmäßigkeiten, um die Gestaltung eines politischen Systems, das den vielfältigen sozialen und politischen Widersprüchen dieser Übergangsgesellschaft Bewegungs- und Entwicklungsmöglichkeiten gibt. Der Sozialismus hat eine eigene Interessenstruktur. Die gesellschaftlichen Interessen erfordern einen demokratischen Mechanismus ihrer Artikulation und

Abstimmung. Er ist eine Klassengesellschaft ohne antagonistische Klassenwidersprüche, eine Gesellschaft mit fortschreitender Revolutionierung der Produktivkräfte und so auch aller gesellschaftlichen Verhältnisse, mit einer sich weiter ausprägenden gesellschaftlichen Arbeitsteilung.

Aus der Sicht des politischen Systems halte ich dabei folgende Erkenntnisse für wichtig.

Zum einen: Die DDR war ein recht entwickelter Industriestaat. Zeitweilig stand sie auf Platz 10 der Liste der größten Industrienationen der Welt. Aber auch in der DDR ging der Sozialismus keineswegs aus einer Situation hervor, da der Kapitalismus als Gesellschaftsformation am Ende war. Karl Marx hatte 1858 im Vorwort „Zur Kritik der Politischen Ökonomie“ geschrieben, dass „die materiellen Existenzbedingungen“ der neuen Gesellschaft“ bereits „im Schoß der alten Gesellschaft selbst ausgebrütet“ sein werden (MEW, 13, S. 9). Das war auch hinsichtlich der DDR nicht der Fall.

Auch in der DDR handelte es sich m. E. um einen Sozialismus, der recht „früh“ kam. Die politische Situation war ganz wesentlich dadurch geprägt, dass es eine (relative) Armut gab. Die Bedürfnisse des Individuums mussten so unweigerlich einschränkend behandelt werden (vgl. H. Jung, Klassen und Geschichte, Zeitschrift für marxistische Erneuerung, Nr. 28, Dezember 1996, S. 16). Das hatte unweigerlich Auswirkungen auf die Funktionsweise des politischen Systems. Wichtigste Aufgabe sozialistischer Gesellschaftsgestaltung war auch aus dieser Sicht die zügige Entwicklung der Produktivkräfte. Es ging darum, die Produktivkräfte und den gesellschaftlichen Reichtum so zu entwickeln, dass möglichst bald die Voraussetzungen des

Sozialismus, also die Erfüllung der gerechtfertigten materiellen und kulturellen Bedürfnisse eines Jeden gegeben sind. Das aber gelang nicht.

Dafür gab es neben subjektiven auch wichtige objektive Gründe. Die DDR war sehr unmittelbar mit der politisch-ideologischen Macht der EU, der USA und der NATO konfrontiert. Sie war tagtäglich der politischen Propaganda von Funk und Fernsehen aus der BRD ausgesetzt. Für die militärische Verteidigung und für die Abwehr der ideologischen und politischen Angriffe musste ein erheblicher Teil des gesellschaftlichen Reichtums verwandt werden. Das machte es sehr schwierig, die Produktivkräfte optimal zu entwickeln und den Volkswohlstand entscheidend zu verbessern.

Zum anderen: Das politische System der DDR (auch besonders die Frage der sozialistischen Demokratie) muss im Sinne von Karl Marx vor allem aus der Sicht des Charakters dieses politischen Systems als politische Form der Artikulierung und Abstimmung gesellschaftlicher Interessenwidersprüche gesehen werden. Es ging, wenn man es theoretisch ausdrücken will, um eine taugliche politische Form für eine progressive Bewegung der gesellschaftlichen Widersprüche in einem sich unter schwierigen Bedingungen entwickelnden Sozialismus.

In seinen Frankreichschriften, vor allem in „Der achtzehnte Brumaire des Louis Bonaparte“ hat Karl Marx die bürgerliche Republik als politische Form untersucht, innerhalb derer sich die gesellschaftlichen Widersprüche und Klassenkämpfe bewegen und die verschiedenen Fraktionen der Bourgeoisie „*gemeinsam* herrschen konnten“ (MEW, Band 8, S. 131). Er verstand die

Republik als „*politische Umwälzungsform der bürgerlichen Gesellschaft*“, aber auch (in Bezug auf die USA) als ihre „*konservative Lebensform*“ (Ebenda, S. 122).

Im Zusammenhang mit der Pariser Kommune glaubte er 1871 bereits „die politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeit sich vollziehen“ kann (MEW, Bd. 17, S. 342), entdeckt zu haben. Die politische Organisation der Kommune (wie Auflösung des stehenden Heeres, Wahl, Rechenschaftspflicht und Absetzbarkeit der Staatsangestellten, ihre Bezahlung entsprechend dem Durchschnittsverdienst der Arbeiter, keine „Inthronisierung“ der Abgeordneten) war aus seiner Sicht diese politische Form.

Zur Bilanz der Geschichte des Realsozialismus und so auch der DDR gehört: Das Konzept der Pariser Kommune war nur zum Teil die Antwort auf die Frage nach der politischen Form des Sozialismus im 20. Jahrhundert. Die Herausbildung einer modernen, tauglichen politischen Form des sich entwickelnden Sozialismus erwies sich als außerordentlich schwierig. Die Notwendigkeit, den sich entwickelnden Sozialismus zu schützen, erforderte entsprechende staatliche Apparate. Verwaltungsaufgaben nahmen objektiv zu. Der sozialistische Staat wurde zum Hauptinstrument der wirtschaftlichen Entwicklung. Damit aber verschärfte sich das Bürokratieproblem. Die demokratische Kontrolle der Bürokratie erwies sich als sehr schwierig. Es gelang nicht, einen der bürgerlichen Demokratie überlegenen Demokratietyp der individuellen und kollektiven Selbstbestimmung der Menschen über ihre eigenen Angelegenheiten im sich entwickelnden Sozialismus zu schaffen. Deutlich wurde: Die Demokratiefrage ist, wie der bekannte Rechtswissenschaftler Uwe-Jens Heuer seit Anfang der achtziger Jahre in der DDR immer wieder betont hatte, eine ganz wichtige

Frage sozialistischer Gesellschaftsgestaltung. Sie ist in vieler Hinsicht ein eigenständiger Aspekt der Macht- und Eigentumsfrage. Sie ist nicht schlechthin mit der Machtfrage identisch.

Gerade für die Demokratiedefizite des politischen Systems der DDR gab es zumeist objektive Gründe. Grundlegende gesellschaftliche Widersprüche drohten sich gegenseitig zu blockieren. Dazu gehörten folgende Widersprüche: Der Widerspruch zwischen dem Volk und seinen sehr mächtigen äußeren Feinden. Der Widerspruch zwischen Eigentümerstaat und Kommunestaat. Der Widerspruch zwischen Spontaneität und Bewusstheit. Der Widerspruch zwischen staatlich-politischer Bürokratie und den demokratischen Bedürfnissen der Werktätigen. Der Widerspruch zwischen politischer Führung und den Volksmassen. Der Widerspruch zwischen Ökologie und Ökonomie. Der Widerspruch zwischen sozialer Gleichheit und sozialer Ungleichheit.

Es gelang nicht, diesen Widersprüchen eine taugliche politische Form der Bewegung und progressiven Entwicklung zu geben, die den demokratischen Bedürfnissen der Volksmassen gerecht wurde.

In der Endphase der DDR wirkte das politische System, das habe ich in meinen Thesen ausführlich behandelt, zum Teil regelrecht als Auflösungsform einer sich unzureichend entwickelnden sozialistischen Gesellschaft. Wahrheit und Wahrhaftigkeit gingen verloren. Das politische System erwies sich als unfähig, eine neue ökonomische und politische Reformphase in Gang zu bringen. Hinzu kamen krasse Fehlentwicklungen und Fehlfunktionen des politischen Systems. Selbst innerhalb des Politbüros der SED gab es keine demokratische Willensbildung mehr. Das wissen wir

heute. Damals wussten wir es nicht. Die Leitungen der SED reagierten auf berechtigte Kritik entweder gar nicht oder mit einer Polemik gegen die „Nörgler und Meckerer“ bzw. mit repressiven Maßnahmen. Aus dem Scheitern der DDR müssen aus politiktheoretischer Sicht m. E. vor allem zwei Lehren gezogen werden. Erstens: Ohne ein funktionsfähiges ökonomisches System droht das politische System zu einer Auflösungsform der Gesellschaft zu werden. Zweitens: Die Hauptrichtung der Entwicklung des politischen Systems im sich entwickelnden Sozialismus muss tatsächlich die Entwicklung einer lebendigen Demokratie sein, mit einer neuen Qualität der individuellen und kollektiven Entscheidung der Menschen über ihre Angelegenheiten.